



Bad Schwalbach, den 15.03.2017

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	7/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 14. März 2017
Sitzungsbeginn	15:10 Uhr
Sitzungsende	19:48 Uhr
Ort	Großer Saal des Kurhauses Bad Schwalbach

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB

Landrat

Herr Burkhard Albers

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth

Herr Ali Emamalizadeh

Herr Günter Heckel

Herr Jürgen Helbing

Herr Christian Herfurth

Herr Staatssekretär Werner Koch

Herr Jan Kraus

Frau Andrea Kremer

Herr Lothar Metternich

Frau Petra Müller-Klepper Mdl

Herr Roland Piper

Herr Joachim Reimann

Frau Dr. Alexia Schadow

Herr Udo Scheliga

Herr André Stolz

Herr Paul Weimann

Frau Roubina Wendel

Herr Thomas Zarda

SPD Fraktion

Frau Helga Becker

Herr Maximilian Faust

Herr Matthias Hannes

Frau Christel Hoffmann
Herr Georg A. Mahr
Frau Wendy Penk
Frau Tanja Pfenning
Herr Martin Rabanus MdB
Herr Carsten Sinß
Herr Winfried Steinmacher
Herr Marius Weiß MdL
Herr Thomas Wieczorek

AfD-Fraktion

Herr Martin Bauer
Herr Ulrich Fachinger
Herr Matthias Finck
Herr Viktor Flor
Herr Klaus Gagel
Herr Christian Kessner
Herr Karl Mayer

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Frau Miriam Deppe
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker
Herr Walter Lieber
Herr Günter Linke
Frau Annette Reineke-Westphal
Herr Klaus Stolpp

FDP Fraktion

Herr Roland Hoffmann
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach
Herr Alexander Müller
Herr Stefan Müller

FWG Fraktion

Herr Michael Barth
Herr Hans-Josef Becker
Herr Karl-Wilhelm Höhn
Frau Inga Rossow

Fraktion Die LINKE

Herr Benno Pörtner

fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Klein

entschuldigt

Herr Daniel Bauer
Herr Sebastian Busch
Herr Dr. Clemens Mödden
Herr Volker Mosler
Herr Karl Ottes
Herr Gunter Pfeil
Frau Ingrid Reichbauer

Herr Harald Schmelzeisen

Herr Sandro Zehner

Kreisausschuss

Herr Alexander Bernstorff

Herr Alexander Cornelius

Herr Günter F. Döring

Herr Dr. Herbert Koch

Frau Monika Merkert

Frau Sabine Muth

Frau Dorothee Nabrotzky

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann

Herr Hans-Joachim Pirschle

Herr Günter Retzmann

Herr Hans Rodius

Herr Thomas Schnell

Herr Rainer Scholl

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann

Herr Harald Rubel

Frau Rebecca Sämann

Herr Dr. Christoph Zehler

Schriftführer

Herr Franco Matera

KTV Willsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Albers an der Spitze, der Presse und der Verwaltung. KTV Willsch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTV Willsch ruft die Niederschrift der Sitzung vom 07.02.2017 zur Genehmigung auf. KTV Willsch berichtet über die Eingabe der AfD-Fraktion zur Änderung der Niederschrift. In den Beratungen des Ältestenrates wurde vereinbart die Eingabe als Anlage der Niederschrift des Ältestenrates anzufügen. Die Niederschrift vom 07.02.2017 wird ansonsten genehmigt.

Zur Tagesordnung:

- KTV Willsch erläutert, dass gemäß den Empfehlungen der Fachausschüsse und des Ältestenrates die TOP III.2 und III. 10 in der Fassung der Ausschussberatungen in die Tagesordnung II überstellt werden.
- Zum TOP III. 14 berichtet KTV Willsch, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, den § 18 Abs 3 der GO insofern zu ändern, dass das Sitzungsende künftig **um 20.00 Uhr** sein soll und in § 20 Abs. 3 der GO in die Tagesordnung zunächst Verwaltungsvorlagen, **dann Anträge, die zweimal gegen den Willen der antragstellenden Fraktionen vertagt wurden**, die nicht behandelten Tagesordnungspunkte der vorangegangenen Sitzung und dann die neuen Anträge aufgenommen werden sollen (**Anlage 1 der Niederschrift**). Der TOP wird in die Tagesordnung II überstellt.
- Vertagt wird der TOP III. 11.

- KTV Willsch berichtet vom Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion vom 03.03.2017 (**Anlage 2 der Niederschrift**). Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 06.03.2017 eine gemeinsame Erklärung formuliert, die KTV Willsch dem Kreistag verliest (**Anlage 3 der Niederschrift**). Gemäß den Beratungen im Ältestenrat wird diese Erklärung einvernehmlich in der Tagesordnung II beschlossen.
- Im Verlauf der weiteren Sitzung wird der TOP III. 8 durch einen Änderungsantrag der FWG-Fraktion, der die Prüfung der Zuständigkeit des Kreistages vornehmen soll, vertagt (**Anlage 4 der Niederschrift**).

Weitere Wünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Zur so geänderten Tagesordnung stellt KTV Willsch Einvernehmen fest.

KTV Willsch berichtet, dass die nächste Sitzung am 23.05.2017 in Taunusstein (Bürgerhaus Zum Taunus) stattfinden wird. In dieser Sitzung wird die Verabschiedung des Landrates Albers und die Amtseinführung des neuen Landrates Kilian erfolgen. Eine Sitzungsunterbrechung ist für 18:00 Uhr vorgesehen mit anschließendem Empfang.

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

TOPI.	DS	Tagesordnung I
TOPI. 1	DS	Fragestunde

Landrat Albers beantwortet die Kleine Anfragen Nr. 02/17 und Nr. 03/17 der FDP-Fraktion (**Anlage 5 und 6 der Niederschrift**).

TOPI. 2	DS	Bericht des Landrats
---------	----	----------------------

Landrat Albers berichtet zu folgenden Themen:

- Vorläufiges Rechnungsergebnis zum Haushaltsjahr 2016
- Neue Schulleitungen an der Theištalschule in Niedernhausen und der IGS Obere Aar in Taunusstein-Hahn

TOP II.	DS	Tagesordnung II
TOP II. 1	DS X/227	Flüchtlinge im Rheingau-Taunus-Kreis; hier Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr. 11/16 der FDP-Fraktion vom 07.09.2016 - ergänzte Stellungnahme -

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 2	DS X/285	Forwarddarlehen ab 15.12.2018 in Höhe von insgesamt 5.220.295,77 €
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 3	DS X/288	Sachstandsmitteilung Betrauung VHS
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 4	DS X/290	Unterrichtung gem. § 100 Abs. 1 HGO i.V.m. § 52 Abs. 1 HKO über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die in der Anlage aufgelisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen des Haushaltsjahres 2016, für die der Landrat, der Kreisausschuss oder der Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 100 HGO i.V.m. § 52 Abs. 1 HKO bereits ihre Zustimmung erteilt haben, zur Kenntnis.

TOP III. 2	DS X/289	Resolution für eine angemessene Versorgung durch den Ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD) im Rheingau-Taunus-Kreis
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt missbilligend zur Kenntnis, dass durch die Umstrukturierung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD) auch Ärzte zum Dienst verpflichtet werden, die nicht über die notwendigen allgemeinmedizinische Kenntnisse verfügen. Dadurch werden maßgebliche Patientenrechte verletzt, nach denen der Patient Anspruch auf Behandlung nach Facharztstandard hat (§ 630 a Abs. 2 BGB, § 1 (3) Berufsordnung Ärzte Hessen).
2. Der Kreistag stellt ferner fest, dass die Qualität der Abfragen in den Dispositionszentralen teilweise mangelhaft ist. Dies führt zu einer zunehmenden ungerechtfertigten Inanspruchnahme des Rettungsdienstes und im weiteren Verlauf

zu einer weiteren Belastung der Notfallambulanzen in den umliegenden Krankenhäusern. Im schlimmsten Fall führt es sogar zu Verzögerungen für Patienten mit kritischem Gesundheitszustand.

3. Der Kreistag fordert weiterhin die Kassenärztliche Vereinigung auf, die Notfallambulanzen mit dem erforderlichen Material auszustatten. So gehört z.B. ein EKG zwingend zu einer erforderlichen Mindestausstattung.
4. Der Kreistag erwartet, dass Hausbesuche durch den ÄBD unverzüglich durchgeführt werden. Das Hinhalten der Patienten mit dem Hinweis auf eine 3-Stunden Frist ist in höchstem Maße unangemessen und stellt eine Vernachlässigung des Versorgungsauftrages dar. Auch der niedergelassene Arzt ist aufgefordert, dringende Hausbesuche zu machen (EBM-Ziffern 01411 und 01412). Hierzu ist der ÄBD entsprechend auszustatten, sowohl was die Bereitstellung der notwendigen mobilen Ausstattung (bspw. mobiles EKG, Blutzuckermessgerät) und das Verbrauchsmaterial (Notfallapotheke etc.) betrifft, als auch die Unterstützung bei Nachfahrten durch einen entsprechenden Fahrdienst.
5. Der Kreistag ruft daher die für den ÄBD zuständige Kassenärztliche Vereinigung Hessen dazu auf, ihre Pflichten aus dem ihr erteilten Versorgungsauftrag auch zu sog. Unzeiten (nachts, Wochenende und Feiertage) wahr zu nehmen und für eine angemessene fachärztliche Versorgung durch ambulante Behandlung und Hausbesuchsdienste zu sorgen.
6. Der Kreistag bittet die Hessische Landesregierung in dieser Angelegenheit im Sinne der Bürger des Rheingau-Taunus-Kreises, ebenso auf die KV Hessen einzuwirken und die Resolution des Kreistags dort zu vertreten.

TOP III. 8	DS X/236	DITIB-Moschee; hier Dringlichkeitsantrag Nr. 26/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt gemäß Änderungsantrag (siehe Anlage 4 der Niederschrift)**

TOP III. 10	DS X/253	Berichts-antrag Nr. 13/16 Massive Fahrausfälle im Busverkehr des RTV (RMV) bei den Linien 271 und 272; hier: Stellungnahme der Verwaltung
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP III. 14	DS X/292	Antrag zur Geschäftsordnung: Früheres Ende der Kreistagssitzungen; hier: Antrag Nr. 05/17 der SPD-Fraktion vom 14.02.2017
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

In der Geschäftsordnung für den Kreistag und die Ausschüsse des Rheingau-Taunus-Kreises werden in § 18 und § 20 jeweils die Absätze 3 durch die folgende Fassung ersetzt:

§ 18 Abs. 3, Sitzungsdauer:

Die Sitzungen beginnen in der Regel um 15:00 Uhr und werden in jedem Fall um **20:00 Uhr** beendet. In Ausnahmefällen entscheidet die oder der Kreistagsvorsitzende nach Anhörung des Ältestenrates. Die im Gange befindliche Beratung oder Entscheidung eines Verhandlungsgegenstandes wird zu Ende geführt. Nicht mehr erledigte Verhandlungsgegenstände sind vorrangig auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung zu nehmen.

und

§ 20 Abs. 3, Aufbau der Tagesordnung:

In die Tagesordnung sollen zunächst Verwaltungsvorlagen, **dann Anträge, die zweimal gegen den Willen der antragstellenden Fraktionen vertagt wurden**, die nicht behandelten Tagesordnungspunkte der vorangegangenen Sitzung und dann die neuen Anträge aufgenommen werden.

TOP II. 5 neu	DS X/304	Anschläge gegen ehrenamtliche Mandatsträger im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 07/17 der AfD-Fraktion vom 03.03.2017
TOP II.5 neu	DS	Gemeinsame Erklärung gegen politisch motivierte Gewalt Beschluss im KA am 06.03.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

**Gemeinsam gegen politisch motivierte Gewalt, Sachbeschädigung und Stigmatisierung
- Gemeinsam für ein politisches Klima des Anstands und Respekts.**

Im Rheingau-Taunus-Kreis sprechen wir uns entschieden gegen jegliche Form politisch motivierter Gewalt, Sachbeschädigung oder Stigmatisierung Andersdenkender aus. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser oder politischer Überzeugungen ist die Grundlage unseres Selbst- und Politikverständnisses und steht im Rheingau-Taunus-Kreis nicht zur Diskussion.

Wir bedauern zutiefst die Vorfälle der Farbschmierereien an Wohnhäusern von Kreistags- und Kreisausschussmitgliedern in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar 2017 in Idstein und Geisenheim und verurteilen den damit unternommenen Versuch der Einschüchterung, Beschimpfung und Herabwürdigung von Mandatsträgern auf das Schärfste. Wir stellen

darüber hinaus fest, dass durch solche Taten auch die Familien und das soziale Umfeld der Betroffenen besonders belastet werden.

Wir begrüßen die durch das Land Hessen gestartete Initiative „Hessen lebt Respekt“, mit der ein Zeichen gegen politische Diffamierung Andersdenkender oder die Stigmatisierung von Personen als Teil einer ethnischen, religiösen oder politischen Gruppe gesetzt werden soll. Dem Grundsatz der gemeinsamen Regeln und verbindenden Moralvorstellungen, die eine Absage an Ausgrenzung und Gewalt beinhaltet, fühlen wir uns uneingeschränkt verbunden. Die politische Auseinandersetzung – auch über politische Überzeugungen hinweg - müssen im Rheingau-Taunus-Kreis von Respekt, Haltung und Anstand geprägt bleiben. Trotz unterschiedlicher Auffassungen darf niemand wegen seiner verfassungskonformen Überzeugung angeprangert oder als Teil einer Gruppe abgestempelt werden. In den Gremien des Rheingau-Taunus-Kreises möchten wir damit ein Vorbild für die Zivilgesellschaft sein, indem wir selbst jeglicher Form der Stigmatisierung und Ausgrenzung eine Absage erteilen.

Die Bevölkerung des Landkreises rufen wir auf, etwaige Hinweise zu den genannten Sachbeschädigungen an das Polizeipräsidium Westhessen unter der Telefonnummer 0611/345-1042 zu melden.

TOP III.	DS	Tagesordnung III
TOP III. 1	DS X/278	Betreuung ProJob / Notifizierungsverfahren

KTV Willsch berichtet über die Beratungen aus dem HFA, da der Ausschussvorsitzende Zehner und die stellvertretende Vorsitzende Reichbauer entschuldigt fehlen. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Stolz (CDU), Gagel (AfD) mit Begründung des Änderungsantrages (**Anlage 7 der Niederschrift**), Hannes (SPD), Müller, St. (FDP), Landrat Albers, Lieber (GRÜNE), Weimann (CDU) und Pörtner (LINKE).

Abg. Stolz (CDU) beantragt die Punkte 4 und 5 des diesbezüglichen KT-Beschlusses vom 06.12.2016 (**Anlage 8 der Niederschrift**) in die Beschlussfassung aufzunehmen.

Abg. Gagel (AfD) beantragt eine 5 minütige Sitzungsunterbrechung.

KTV Willsch unterbricht die Sitzung um 16:06 Uhr.

KTV Willsch eröffnet die Sitzung um 16.14 Uhr.

Zur Abstimmung wird der Änderungsantrag der AfD gestellt, der der Beschlussempfehlung des HFA entspricht. Dieser wird sodann bei

27 JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FWG und LINKE
24 Nein-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FDP und ein Fraktionsloser
und 3 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Rheingau-Taunus-Kreis verzichtet aufgrund der Stellungnahme von Ernst & Young auf ein Notifizierungsverfahren.

TOP III. 3	DS X/301	Bericht: Untersuchung zur Vereinbarkeit eines Museums- und Tourismusverkehrs mit der Citybahn auf der Aartalbahn
-------------------	-----------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Müller St. (FDP), Landrat Albers, Bauer (AfD), Scheliga (CDU), Lieber (GRÜNE), Rossow (FWG), Faust (SPD), Reinecke-Westphal (GRÜNE) und Pörtner (LINKE).

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Bericht „Untersuchung zur Vereinbarkeit eines Museums- und Tourismusverkehrs mit der Citybahn auf der Aartalbahn“ wird zur Kenntnis genommen.

TOP III. 4	DS X/202	Resolution zur Wahrung des Elternrechts gem. Art. 6 GG; hier: Antrag 20/16 der AfD-Fraktion vom 22.10.2016, eingegangen am 24.10.2016
-------------------	-----------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Finck (AfD) mit Begründung des Antrages, Pfennig (SPD) mit Bericht aus dem JuBiS, Sinß (SPD), Müller-Klepper (CDU), Linke-Diefenbach (FDP), Kluge-Pinsker (GRÜNE), Bauer (AfD) und Pörtner (LINKE).

KTV Willsch lässt sodann über den Antrag abstimmen:

Der Antrag wird bei

7 Ja-Stimmen aus der AfD-Fraktion und
Nein-Stimmen aus dem Rest des Hauses
und einer Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 5	DS X/230	Nachhaltige Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung; hier: Antrag Nr. 23/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2016, eingegangen am 09.11.2016
-------------------	-----------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reinecke-Westphal (GRÜNE) mit der Begründung des Antrages, Flor (AfD) und Müller, A. (FDP).

Der Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN
Nein-Stimmen aus den Fraktionen CDU, AfD, FWG und FDP
und einer Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 6	DS X/231	Schaffung von zusätzlichen Sozialwohnungen; hier: Antrag Nr. 24/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016
-------------------	-----------------	---

KTV Willsch berichtet aus den Beratungen des HFA. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pörtner (LINKE) mit Begründung des Antrages, Mahr (SPD), Müller A. (FDP), Rossow (FWG), Fachinger (AfD), Stolz (CDU), Landrat Albers, Flor (AfD) und Pörtner (LINKE). Eine Zwischenfrage der Abg. Rossow (FWG) wird vom Abg. Pörtner (LINKE) beantwortet.

Der Antrag wird sodann bei:

Ja-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN
Nein-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AfD, FWG und FDP und Fraktionsloser
und 2 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 7	DS X/232	Ortliche oder regionale Integrationsbeiräte einrichten; hier: Antrag Nr. 25/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016
-------------------	-----------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pörtner (LINKE) mit Begründung des Antrages, Stolpp (GRÜNE) und Müller-Klepper (CDU).

Der Antrag wird sodann bei:

1 JA-Stimme aus der Fraktion die LINKEN
Nein-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AfD, FWG, FDP und Fraktionsloser
und Enthaltungen aus den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 9	DS X/238	2,5 Prozenzhürde; hier: Antrag Nr. 28/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
-------------------	-----------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel (AfD) mit Begründung des Antrages, Pörtner (LINKE) mit Begründung des Änderungsantrages (**Anlage 9 der Niederschrift**), Mahr (SPD), Hoffmann (FDP).

KTV Willsch lässt sodann den Antrag der AfD-Fraktion mit dem von der AfD angenommenen Änderungsantrag der Fraktion die LINKE gemeinsam abstimmen.

Der von KTV Willsch gemeinsam aufgerufene Antrag wird bei:

Ja –Stimmen aus den Fraktionen von AfD, FDP und Fraktionsloser
Nein-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG
bei 1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 12	DS X/273	Umsetzung der Klimaschutzziele der Hessischen Landesregierung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 03/17 der GRÜNEN-Fraktion vom 10.01.2017, eingegangen am 11.01.2017
--------------------	-----------------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reinecke-Westphal (GRÜNE) mit Begründung des Antrages, Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Gagel (AfD) mit Begründung des Änderungsantrages (**Anlage 10 der Niederschrift**), Hoffmann (FDP), Linke (GRÜNE) und Müller, St. (FDP).

Abg. Stolz (CDU) beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

KTV Willsch unterbricht um 19:00 Uhr die Sitzung für 5 Minuten.

KTV Willsch eröffnet die Sitzung um 19:05 Uhr wieder.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU), Weiß (SDP), Stolpp (GRÜNE) und Reinecke-Westphal (GRÜNE).

KTV Willsch lässt sodann zunächst über den Änderungsantrag der AfD abstimmen.

Dieser wird bei:

7 JA-Stimmen aus der AfD-Fraktion und der Fraktionsloser
und Nein-Stimmen aus dem Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

KTV Willisch lässt die 3 Punkte des Ursprungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen analog der Beratungen im EUKA einzeln abstimmen.

Die Punkte werden sodann wie folgt abgestimmt:

Punkt 1 des Antrages wird bei:

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
Nein –Stimmen aus dem Rest des Hauses und
Enthaltung der SPD-Fraktion
mehrheitlich

beschlossen.

Punkt 2 des Antrages wird bei:

JA - Stimmen aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN und
Nein –Stimmen aus dem Rest des Hauses und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Punkt 3 des Antrages wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN und
Nein –Stimmen aus dem Rest des Hauses
Mehrheitlich

abgelehnt.

Beschluss:

- 1) Der Kreistag unterstützt die Klimaschutzziele der Hessischen Landesregierung.

TOP III. 13	DS X/291	UNESCO Biosphärenregion Rheingau- Taunus/Wiesbaden/Mainspitze; hier: Antrag Nr. 04/17 der SPD-Fraktion vom 13.02.2017
------------------------	-----------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann (SPD) mit Begründung des Antrages, Weimann (CDU) mit dem Bericht aus dem EUKA, Stolz (CDU), Linke-Diefenbach (FDP) und Stolpp (GRÜNE).

KTV Willsch lässt sodann die Beschlussempfehlung des EUKA abstimmen.

Diese Beschlussempfehlung wird bei:

JA - Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG, und Fraktionsloser
3 Nein – Stimmen aus der FDP-Fraktion und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag begrüßt die Diskussion zur Ausweisung einer UNESCO-Biosphären-Region in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dazu zählt die Initiative aus den Reihen der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, gemeinsam mit dem Rheingau-Taunus-Kreis, dem Main-Taunus-Kreis, dem Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus und der Hessischen Landesregierung zur Realisierung eine Machbarkeitsstudie anzustreben.

Der Kreisausschuss wird beauftragt,

1. mit dem Main-Taunus-Kreis, der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Hessischen Landesregierung eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten. In diesen Prozess sind er Zweckverband Naturpark Rheingau-Taunus, der Zweckverband Rheingau, der Verein Regionalentwicklung Untertaunus e.V., der Verein Regionalentwicklung Rheingau e.V. und der Landschaftspflegeverband zu integrieren. In der Machbarkeitsstudie sollen die Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden sowie der Waldwirtschaft, des Weinbaus und der Landwirtschaft, die mit der Ausweisung einer Biosphärenregion verbunden sind, näher betrachtet werden.
2. den Mitgliedern des Kreistages die Beschlüsse und Materialien des Kreistages/der Kreisverwaltung zur Biosphärenregion aus den Jahren 2012 – 2015 zur Verfügung zu stellen.

TOP III. 11	DS X/270	Einrichtung von 24h-Kitas über Förderprogramm „Kita Plus“; hier: Antrag Nr. 01/17 der SPD-Fraktion vom 09.01.2017, eingegangen am 11.01.2017
------------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Bad Schwalbach, 20. März 2017

.....
(Klaus-Peter Willsch)
Kreistagsvorsitzender

.....
(Matera)
Schriftführer